

Almuth Nehring-Venus
Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Gleichstellungspolitische Rahmenprogramme und Zielsetzungen als übergreifende Steuerungsinstrumente

- Vortrag auf der Fachtagung zum fünfjährigen Bestehen des GenderKompetenzZentrums am 29.10.2008 an der Humboldt-Universität zu Berlin-

Das Land Berlin hat sich für die laufende Legislaturperiode (2007-2011) mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm (GPR) ein engagiertes frauen- und gleichstellungspolitisches Vorhaben formuliert.

Das große Interesse, auf das das Land Berlin bereits im Zuge der Erarbeitung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms und bei dessen Präsentation im Rahmen des Kongresses „Gleichstellung weiter denken“ im November 2007 bei vielen frauen- und gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteuren gestoßen ist, zeigt uns, dass wir mit dem GPR einen wichtigen und notwendigen Schritt vorangekommen sind.

Anliegen und Ziel des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms

Berlin betritt mit dem GPR Neuland.

Inhaltlich liegt das Neue darin, die großen politischen Reformvorhaben mit einer nachhaltigen Gleichstellungspolitik zu verbinden. Der Berliner Senat hat damit eine bedeutende Chance für die Zukunft der Stadt erkannt.

Strategisch liegt das Neue darin, alle Senatsverwaltungen und in einem zweiten Schritt auch alle Bezirksverwaltungen verantwortlich in das Programm einzubinden. Bereits jetzt, in der Anfangsphase zeigt sich, dass das gemeinsam erarbeitete Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm stärker als bisherige Gleichstellungsprojekte von den Verwaltungen als eigene Verantwortung wahrgenommen und entsprechen hoch bewertet wird. Auch in den Bezirken ist erkennbar, dass der einmal angestoßene Prozess dazu führt, dass die Bezirke weder hinter den Senatsverwaltungen noch hinter den bereits als Vorreiter fungierenden Bezirken zurückstehen wollen.

Darin gibt sich eine positive Dynamik zu erkennen. Die sattsam bekannten Widerstände gegen gleichstellungspolitische Anforderungen werden damit zumindest zum Teil ausgeglichen. Langfristig ist zu erwarten, dass die positive Identifikation zunimmt, so wie es in weiten Bereichen der Gender Mainstreaming Projekte bereits feststellbar ist.

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm setzt damit an einem Punkt an, an dem durch die Prozesse des Gender Mainstreaming bereits gleichstellungspolitische Kompetenz und Umsetzungserfahrungen im Rahmen einzelner, von den Verwaltungen selbst konzipierter Projekte gesammelt wurden. Ziel ist es nun, diese Kompetenzen für die prioritären Handlungsfelder der Berliner Politik in ihrer Gesamtheit einzusetzen.

Es ist heute kaum möglich eine Zeitung aufzuschlagen, in der nicht mindestens an einer Stelle

- über weiterhin existierende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern (Lohnunterschiede),
- erzielte Fortschritte (im Bildungswesen),
- Erkenntnisse über neue Ungleichheiten (auch Bildung – schulische Misserfolge von Jungen),
- über neue Chancen von Männern und Frauen in einer Gesellschaft mit einem Mehr an Gleichberechtigung (Familie/ Beziehungen) oder
- von gesellschaftlichen Anforderungen an ein höheres Maß an Gleichstellung (Fachkräftemangel)

die Rede ist. Damit sind zugleich die prioritären Handlungsfelder benannt: Bildung, Integration, demographische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Ohne gleichstellungspolitische Analyse und Lösungsansätze können wir diesen Herausforderungen nicht angemessen begegnen.

Dass Berlin mit dem GPR auf dem richtigen Weg ist, zeigen die vielen positiven Reaktionen, die uns auf die Vorlage des Rahmenprogramms erreicht haben. Aus Ministerien anderer Bundesländer, aus Kommunen und Städten und selbst vom zuständigen Bundesministerium

Struktur des GPR

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm basiert auf drei Säulen:

- Festschreibung als Regierungsvorhaben (Koalitionsvereinbarung)
- Beteiligung aller Akteure und Akteurinnen aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Projekten und gleichstellungspolitischer Öffentlichkeit bei der Erarbeitung des Programms (doppelte Legitimierung)
- Verabschiedung als gemeinsames Regierungsvorhaben des Berliner Senats

Die Umsetzung, Weiterentwicklung, Steuerung und Evaluation erfolgt vermittels der Instrumente

- Erweiterter Staatssekretärsausschuss Gleichstellung
- Geschäftsstelle Gleichstellung
- Masterplan auf Senats – und Bezirksebene

Auf diese Instrumente werde ich im letzten Teil meines Beitrags gesondert eingehen.

Der Aufbau des GPR und des darin als Struktur skizzierten Masterplans ist denkbar einfach:

Die fünf prioritären Handlungsfelder (wie oben genannt) werden in ihrer geschlechterpolitischen Dimension skizziert und auf politische Vorhaben des Landes Berlin bezogen.

Im Masterplan werden diesen Handlungsfeldern die zugehörigen Fachaufgaben und –projekte sowie die gewünschten Zielsetzungen in allen Senatsverwaltungen zugeordnet. Diese wurden von den jeweiligen Senatsverwaltungen selbst benannt. Die Federführung zu jedem Projekt und jeder Zielsetzung wird dokumentiert.

Das GPR mit Einschluss der Grobfassung des Masterplans wurde vom Senat gemeinsam beschlossen.

In einem zweiten Schritt wird in allen Verwaltungen die Feinstruktur des Masterplans erarbeitet, in dem die Zielsetzungen mit konkreten Vorhaben und Maßnahmen unteretzt werden.

In einem weiteren Raster werden alle weiteren gleichstellungspolitischen Projekte, die sich nicht aus den fünf Handlungsfeldern ergeben, sowie die Projekte und Maßnahmen im Bereich des Gender Budgeting erfasst. Dieses Raster erlaubt es, alle im Rahmen des Gender Mainstreaming und gender Budgeting initiierten Projekte und Maßnahmen zu integrieren. Dies ist insbesondere für die in Sachen Gender Mainstreaming besonders aktive Bezirksebene von Bedeutung.

Gliederungspunkte des Masterplans (tabellarische Übersicht)

- Handlungsfeld
- Zielsetzung
- Teilziele
- Maßnahmen/ Aktivitäten
- Verantwortlich/ Beteiligte (Senatsverwaltungen, Bezirke, NROs)
- Zeitrahmen
- Verbindung zu Gender Mainstreaming/ Gender Budgeting Prozessen

Für die Bezirke wird ein vergleichbares Raster entwickelt, so dass der fertiggestellte Masterplan eine vollständige Abbildung der gleichstellungspolitischen Prozesse inklusive GM und GB im Land Berlin ermöglicht. Daraus ergeben sich Vorteile für die Berichterstattung, vor allem aber eine Grundlage für die effektive Implantierung erfolgreicher Projekte und Maßnahmen in anderen Bezirken und ggf. auf Senatsebene. So lassen sich die Ergebnisse beispielsweise von GM-Projekten zur freien Jugendhilfe oder zum Pflegegeldeinsatz für die entsprechenden Ämter anderer Bezirke nutzbar machen.

Die in die Tiefe offene Struktur des Masterplans erlaubt die problemlose Ausweitung auf neue Verwaltungsbereiche und die Integration weiterer Zielsetzungen, Maßnahmen und Projekte. Die inhaltliche Rückbindung an die prioritären Handlungsfelder garantiert den Einsatz von Genderkompetenz an den relevanten Orten politischen Handelns in Berlin. Die Rasterstruktur stellt vielfältige Möglichkeiten zu Evaluierung, Berichterstattung und Steuerung zur Verfügung. Damit erfüllt der Masterplan grundlegende Bedingungen für einen wirkungsvollen, fachlich und politisch reflektierten Prozess.

Das GPR als Steuerungsinstrument

Wie bereits erwähnt erfolgt die Umsetzung, Weiterentwicklung, Steuerung und Evaluation des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms mittels der Instrumente

- Erweiterter Staatssekretärsausschuss Gleichstellung
- Geschäftsstelle Gleichstellung
- Masterplan auf Senats – und Bezirksebene

An dieser Stelle möchte ich vor allem auf den Erweiterten Staatssekretärsausschuss Gleichstellung eingehen, der für die Steuerung des Gesamtvorhabens Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm zentral ist.

Aufgabe des Staatssekretärsausschusses Gleichstellung ist die Steuerung der Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms in dieser Legislaturperiode und damit die Steuerung der Neuausrichtung der Berliner Gleichstellungspolitik. In Übernahme der Aufgaben der ehemaligen Landeskommission Gender Mainstreaming ist er ebenfalls für die Steuerung der weiteren Implementierung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung zuständig.

In diesem Ausschuss sind alle Senatsverwaltungen mit einem Staatssekretär oder einer Staatssekretärin und der Rat der Bürgermeister mit vier bezirklichen Entsandten vertreten. Darüber hinaus sind im Ausschuss Gremien vertreten, die für die Herstellung von Chancengleichheit in Berlin von besonderer Wichtigkeit sind:

- die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
- die Berliner Frauenvertreterinnen
- die Frauenbeauftragten an den Berliner Hochschulen
- der Hauptpersonalrat
- und die Hauptschwerbehindertenvertretung.

Hinzu kommen zwei externe Expertinnen aus dem Wissenschaftsbereich.

Aufgabe des Ausschusses ist es, die Integration der Querschnittsaufgabe Gleichstellungspolitik in die politischen Schwerpunkte der einzelnen Ressorts und auch in die Schwerpunkte der bezirklichen Aufgaben zu gewährleisten. Aus den bisherigen Erfahrungen ist es ganz wichtig, dass dieser Prozess top-down verläuft, um einen hohen Grad an Verbindlichkeit zu erreichen und letztendlich zu wirklich befriedigenden Ergebnissen zu führen.

Zu den Aufgaben im Einzelnen gehört

- die jährliche Berichterstattung an den Senat und das Abgeordnetenhaus.
- Die Einbeziehung bestehender Arbeitszusammenhänge – Fachkommissionen, Arbeitsgruppen – sowie die Einrichtung erforderlicher neuer Arbeitsgruppen
- Die Erörterung von Arbeitsgruppenergebnisse und auftauchenden Problemen

Ausblick

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm umfasst die strategische Neuausrichtung der Berliner Gleichstellungspolitik in enger Verzahnung mit fachlicher Neuausrichtung und den erprobten Prozessen von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Es dient der fachlichen Weiterentwicklung und damit der Qualitätsverbesserung in zentralen politischen Feldern des Landes Berlin. Mit dem hochkarätigen Steuerungsgremium auf Staatssekretärsebene ist die politische Verbindlichkeit verbürgt. Von daher sehen wir gute Chancen, mit diesem Programm die Gleichstellungspolitik in Berlin auf einer deutlich verbreiterten Basis voranzubringen.